

**„Angst um Menschen statt vor ihnen“. Adelbert Reif im Gespräch mit Klaus J. Bade**

in: Universitas. Orientierung in der Wissenschaft, 56.2001, Nr. 659 (Mai 2001), S. 515-528 (ungekürzte Originalversion; ergänzter Nachdruck unter dem Titel Europa: ‚Immigration, Integration und kulturelle Toleranz‘, in: conturen 1/05, S. 20-33.

***Herr Professor Bade, seit mindestens zwei Jahrhunderten vollziehen sich in Europa Prozesse der Ein- und Auswanderung und dennoch wird diese Wirklichkeit von den Gesellschaften kaum als solche angenommen. Worauf führen Sie diese Verweigerungshaltung zurück?***

In der Tat erleben die Europäer das gegenwärtige Migrationsgeschehen als eine Art historische Ausnahmesituation, als etwas Bedrohliches. Sie reagieren darauf weniger mit aktiver Migrationspolitik als mit Abwehr- und Sicherheitsmaßnahmen. Das hängt zum einen damit zusammen, dass wir einigen Migrationsmustern, mit denen wir heute konfrontiert sind, im Laufe der Geschichte in dieser Dimension nicht begegnet sind. Zum anderen aber ist beim Stichwort Migration bereits seit langer Zeit eine kollektive Amnesie vorherrschend. Vor diesem Hintergrund werden die aktuellen Vorgänge tatsächlich als etwas Neues erlebt, an dem sich alle möglichen Vorurteile und Projektionen ablagern.

***Lassen sich die europäischen Migrationsbewegungen der Vergangenheit mit den heutigen überhaupt vergleichen?***

Die Massenwanderungen, die wir im 20. Jahrhundert erlebt haben, stellen in ihrer Dimension zweifellos eine Besonderheit der europäischen Wanderungsgeschichte dar. Nicht ohne Grund sprechen wir vom "Jahrhundert der Flüchtlinge", das mit der Jahrhundertwende keineswegs zu Ende ging. Wir sind vielmehr in ein zweites Jahrhundert der Flüchtlinge eingetreten und alles deutet darauf hin, dass es so weitergehen wird.

Die großen europäischen Auswanderungsbewegungen hingegen gehören der Geschichte an und wir sehen uns heute in Europa mit Einwanderungsproblemen konfrontiert, die Europäer früher vorwiegend außerhalb des Kontinents verursachten. Ein gravierender Unterschied zur Vergangenheit liegt darüber hinaus in dem, was mein amerikanischer Kollege James F. Hollifield das "liberale Paradox" nennt: Das heißt, die liberalen Demokratien und Wohlfahrtsstaaten sind im Umgang mit dem Phänomen Migration eigentlich nicht "frei". Sie können dauerhaft Zugewanderte nicht wieder ins Ausland zurückschicken; denn nach zureichendem Inlandsaufenthalt verfügen sie über Aufenthaltsrechte und ihr Familiennachzug steht unter dem Schutz der Gesetze des Aufnahmelandes.

***Inwieweit haben sich die Motive, die Menschen dazu bewegen, ihre Heimat zu verlassen und sich auf Wanderschaft zu begeben, gewandelt?***

Viele Motive, die Europäer in der frühen Neuzeit zur Wanderung veranlassten, sind auch heute noch vorhanden. Das ganze Elend der unfreiwilligen Wanderungen hat sich nicht verändert, sondern nur verlagert. Es gibt nach wie vor weltweit religions- und konfessionsbedingte Zwangswanderungen, Vertreibungen, 'ethnischer Säuberungen' usw.

In und aus Europa gab es bis zum 18. Jahrhundert auch sehr starke konfessionsbedingte Gruppenwanderungen. Im 19. Jahrhundert spielten die wirtschaftlichen und sozialen Motive eine größere Rolle. Im säkularen Wandel von der Gruppen- über die Familien- zur Einzelwanderung traten auch ökonomisch-spekulative Wandermotive und Pendelwanderungen stärker hervor. Man geht dahin, wo die höchsten Löhne gezahlt werden und die besten Arbeitsbedingungen herrschen.

***Waren diese weltweiten Arbeitsmärkte, wie wir sie heute kennen, in der Vergangenheit auch schon vorhanden?***

Sie waren vorhanden, aber man hatte sie weniger umfassend im Blick als im Zeitalter der weltweiten Informationsvernetzung. Man ging nicht nach 'Amerika', weil man 'auswandern' wollte, sondern man brach auf, weil man in seiner Umgebung keine zureichende Arbeit fand. Im 17. und 18. Jahrhundert waren

insgesamt Millionen von Europäern als maritime Wanderarbeiter in den Kolonial-, Handels- und Kriegsflotten unterwegs oder auch im Kolonialdienst beschäftigt. Viele zogen auch in der Tat aus, um ihr 'Glück' zu machen, hatten kein bestimmtes Ziel vor Augen, sondern ließen sich von der Suche nach Erwerbchancen treiben, wobei das 'Glück' oft Wunschvorstellung blieb.

Ein extrem wirkendes und doch gar nicht so ungewöhnliches Beispiel bietet die Geschichte eines gewissen Peter Hansen aus dem jütländischen Dorf Hajstrup bei Tondern im Herzogtum Schleswig. Er starb 1772 in Flensburg und hinterließ eine Art Autobiographie, die in unserer Zeit durch einen Zufall wiederentdeckt wurde. Sie zeigt, daß der Weg seiner Erwerbssuche vom Dorf in die Stadt um die halbe Welt geführt hatte: Weil er als nachgeborener Sohn das väterliche Anwesen nicht erben konnte, ging er auf Wanderschaft. Er kam über Kopenhagen bis Amsterdam, ließ sich dort für die niederländische Kolonialarmee anwerben und kämpfte zehn Jahre lang in Nordostbrasilien gegen die Portugiesen. Nach der Niederlage der Niederländer kehrte er 1654 auf dem Umweg über die Karibik zurück nach Amsterdam und von dort in sein Heimatdorf – wo es freilich nach wie vor nichts zu erben gab. Die Wanderschaft begann aufs Neue und führte schließlich in Flensburg durch Heirat, ansehnliche Erbschaft und beruflich-sozialen Aufstieg zu jenem 'Glück', das in Brasilien nicht zu finden gewesen war.

Im Grunde hatte aber das Mittelalter die höchste Wanderungsintensität. In der Neuzeit nahm sie etwas ab und im 19. und 20. Jahrhundert gab es wieder eine Zunahme, allerdings gestützt auf technische Hilfsmittel wie Flugzeug, Auto und Eisenbahn. Das heißt, wir fahren heute zwar weiter, sind aber nicht mobiler. Im Mittelalter gab es fast in jedem Leben eine Phase der Wanderschaft, nicht wenige gehörten dauerhaft zum 'Fahrenden Volk', sesshaft auf Lebenszeit war nur eine Minderheit.

***Wurde das Wanderungsgeschehen damals nicht durch Landesgrenzen erheblich behindert und damit in seiner Dimension eingeschränkt?***

Es gab in der Wanderungsgeschichte der Welt eine bestimmte Phase, in der das Wandern relativ frei vonstatten ging. Das war das 19. und frühe 20. Jahrhundert,

in dem sich Wanderungsbewegungen im atlantischen Raum weitgehend frei entfalten konnten. Davor gab es vielfach obrigkeitliche Sperren. Im Zeitalter des Merkantilismus etwa, dem Zuwanderung Gewinn und Abwanderung wirtschaftlicher Verlust waren, schränkten Auswanderungsverbote die freie Wanderung über Grenzen ein. Nach dem Ersten Weltkrieg dann setzte ein, was der Soziologe Thalheim die protektionistische "Wanderungswirtschaft der Welt" nannte. Die Staaten intervenierten zunehmend in das Wanderungsgeschehen. Es kam zu Wanderungsverträgen und restriktiver Einwanderungspolitik.

Heute ist die Zuwanderung nach Europa so rigoros eingeschränkt wie noch nie in der europäischen Geschichte. Trotzdem sind wir noch weit von einer europäischen Einwanderungspolitik entfernt, weit weg von einer europäischen Asylpolitik, aber sehr nah dran an einer Art europäischen Verteidigungspolitik gegen Zuwanderung von außen. Entlang den Grenzen des Schengener Abkommens findet ein regelrechter Kampf gegen Flüchtlinge statt.

***Zu Widerständen gegen Einwanderer kam es aber doch in der Vergangenheit auch schon...***

Bei allen größeren Einwanderungsprozessen gab es das Phänomen der wirtschaftlichen, sozialen, mentalen und zum Teil auch kulturellen Angst. Bei der Eingliederung der vielgerühmten Hugenotten in der frühen Neuzeit gab es durchaus ähnliche Erfahrungen: Die Hugenottenwanderung hatte mitunter etwas von einem konfessionsbedingtem Technologietransfer. Einerseits waren diese 'Franzosen' als Entwicklungshelfer sehr willkommen, weil sie neue Techniken ins Land brachten, das Steueraufkommen erhöhten und zur Mehrung dessen beitrugen, was man das 'industriöse Ansehen' nannte. Andererseits waren sie bei einheimischen Gewerbetreibenden zunächst oft verhaßt, gerade weil sie andere, bessere oder billigere Produkte boten. Das Geheimnis für die Bewältigung des Problems lag schließlich darin, dass das Interesse am Neuen von außen doch die Oberhand gewann.

Bei den heutigen Massenwanderungen stehen allerdings eher diffuse als konkrete Ängste im Vordergrund. Es ist nicht die direkte Angst vor dem Konkurrenten, der

nebenan wohnt, sondern es ist eine unbestimmte Angst vor einem Ausländeranteil, der auf dem Arbeitsmarkt oder im Sozialbereich die eigenen Chancen zu reduzieren scheint. Deswegen können diese emotional echten und doch sachlich falschen Ängste mit allen möglichen Konstrukten und Ideologemen befrachtet werden. Das macht das Problem gefährlich und populistischen Demagogen zugänglich.

***Wie beurteilen Sie vor diesem Hintergrund die inzwischen schon zum Schlagwort gewordene Rede von der "Festung Europa"?***

Man kann diese Frage positiv wie negativ beantworten. Falsch ist die Rede von der "Festung Europa", wenn dabei nicht berücksichtigt wird, dass es eine beträchtliche Zahl von legalen Zuwanderungen nach Europa gibt, die in gewissem Umfang toleriert werden oder sogar erwünscht sind, seien es Flüchtlinge, Asylsuchende, Familienzuwanderungen, privilegierte Wanderungen, Aussiedler in Deutschland, in manchen früheren Kolonialstaaten Nachfahren von Menschen aus den einstigen Kolonien, aber auch die unterschiedlichsten Experten- und Elitenwanderungen. Richtig ist die Rede von der "Festung Europa", wenn man daran denkt, dass weit mehr Zuwanderungen durch ein tiefgestaffeltes Kontroll- und Abwehrsystem bereits vor Europa abgestoppt werden, bevor sie überhaupt in die Reichweite von Gesetzen kommen, die ihnen – z.B. verfolgten Flüchtlingen – helfen könnten, die Schutzwälle um die 'Festung' zu überwinden.

Deutschland zum Beispiel stoppt unerwünschte Zuwanderungen vor seinen Grenzen durch einen geschlossenen und auf legalem Wege undurchdringbaren Ring von sogenannten sicheren Drittstaaten. So kann Deutschland von asylsuchenden Flüchtlingen auf dem Landweg im Prinzip nicht mehr erreicht werden. Dass Asylsuchende nur mit dem Flugzeug kommen können, bewirkt natürlich bereits eine soziale Selektionsfunktion. Nur fünf Prozent sind in der Lage, ein Flugticket zu bezahlen. Aber sie kommen bei ihrer Ankunft nicht etwa nach Deutschland, sondern in den exterritorialen Bereich im Flughafen. Dort wird entschieden, ob überhaupt ein Asylverfahren begonnen wird oder ob sie gleich oder bald wieder abgeschoben werden. Letztlich aber ist die Rede von der 'Festung Europa' ein Streit um des Kaisers Bart; denn es ist immer Zweck einer

Festung, Schutz zu bieten gegen diejenigen, die angeblich oder tatsächlich bedrohlich sind und nur die reinzulassen, die man haben will.

***Welchen Einfluss wird die schon vorhandene und zweifellos weiter zunehmende Migration aus außereuropäischen Ländern auf die zukünftige Kultur Europas ausüben?***

Kultur ist für mich kein Zustand, sondern ein historischer Prozess. Darin gewinnt jede Zeit ihre eigene Form. Ich denke, dass wir in Europa eine Kultur haben, deren Rechtsgrundlagen man als freiheitlich-demokratisch beschreiben könnte. Wollen wir diese Freiheitsspielräume erhalten, dann müssen wir uns damit abfinden, dass Europa sehr viel "bunter" geworden ist, dies noch mehr werden wird und dass dieser Prozess, der schon seit einigen Jahrzehnten im Gange und nicht mehr umkehrbar ist, zur neueren europäischen Geschichte und zur Zukunft Europas gehört.

Vorstellungen von 'kultureller Homogenität' laufen dagegen in die Irre. So etwas gab es in der europäischen Geschichte nie. Es kommt jedoch sehr darauf an, wie man im Laufe der Jahrzehnte kulturelle Unterschiede definierte. In den fünfziger und sechziger Jahren waren 'die Italiener', wenn sie in Italien blieben, den Deutschen angenehme Zeitgenossen für den Urlaub. Kamen sie in großer Zahl ins eigene Land, wirkten sie für Viele plötzlich bedrohlich, zumals als sich abzeichnete, daß aus 'Gastarbeitern' Einwanderer wurden. Auf Italiener folgten in großer Zahl Griechen, Spanier, Portugiesen, aber auch Jugoslawen. Ein kulturalistischer Bruch trat in vielen Köpfen ein, als 'die Türken' kamen und mit 'dem Islam' geradewegs der Untergang des christlichen Abendlandes zu drohen schien.

So rückte der Prozess der kulturalistischen Fremdheitszuschreibungen immer weiter nach außen, bis sich mit der wachsenden Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylsuchenden aus Afrika ein neues Feindbild abzeichnete. Den bislang jüngsten Schritt im Wandel der Feindbilder markierte die 'Entdeckung' der 'Illegalen', wobei oft Täter und Opfer verwechselt werden und ein Grundproblem ausgeklammert bleibt: Zur illegalen Ausländerbeschäftigung gehören immer zwei

– ein ausländischer Arbeitnehmer, der illegal ist und ein inländischer Arbeitgeber, der illegal handelt. Anders gewendet: Solange es in Europa zwar Interesse an illegaler Ausländerbeschäftigung, aber statt eines europäischen Migrationskonzepts nur Abwehrstrategien gegen unerwünschte Zuwanderungen gibt, solange wirkt Europa selber mit an der Illegalisierung der Zuwanderung von außen und am Feindbild der illegalen Einwanderung im Inneren.

***Was aber soll angesichts dieser Tatsachenlage mit jenen Illegalen geschehen, die sich bereits im Land aufhalten?***

Wir müssen uns an ein Paradox gewöhnen, an einen normalen Umgang mit dem Unnormalen; denn illegale Zuwanderung wird es immer geben. Wir haben nach Schätzungen etwa 500 000 Illegale im Land. Sie sind im informellen Sektor, also in der Schattenwirtschaft beschäftigt, z.B. im Reinigungs-, aber auch im Pflegedienst und ganz allgemein in den häuslichen Diensten, im Baugewerbe, im Baunebengewerbe sowie in anderen saisonabhängigen ortsgebundenen Beschäftigungsbereichen. Wir brauchen Rechtsschutz für die Opfer. Wir brauchen eine Zuwanderungskonzeption, die Arbeitswanderer nicht in die Illegalität drängt. Und wir brauchen Angebote zum legalen 'Auftauchen', also für eine befristete Legalisierung illegaler Arbeitsaufenthalte. Statt dessen kümmern wir uns fast nur um Kontroll- und Abwehrmaßnahmen, die sicher nötig, aber als solche unzureichend sind: Vom Grenzschutz bis zum Zoll haben wir etwa 3000 bis 4000 Bedienstete zur Bekämpfung der illegalen Ausländerbeschäftigung im Einsatz. Tatsächlich aber sind die Razzien, von denen gelegentlich berichtet wird, nur demonstrative Tropfen auf den heißen Stein und der dabei aufsteigende Dampf ist mitunter eher geeignet, das diffuse Feindbild von den 'illegalen Einwanderern' noch zu stärken.

***Diese zunehmende Fremdenfeindlichkeit und vor allem die gewalttätigen Übergriffe gegen Fremde, die insbesondere in Deutschland fast schon zum Alltag geworden sind, bereiten natürlich Sorge...***

In Deutschland neigt man dazu, fremdenfeindliche Exzesse als etwas sehr Deutsches hinzustellen. Es gibt sie aber genauso in anderen europäischen Ländern. In Frankreich und England ist Fremdenfeindlichkeit stark verbreitet,

ebenso in Schweden, Dänemark und den Niederlanden. Was Deutschland betrifft, so steht hier natürlich immer das düsterste Kapitel der deutschen Geschichte, der staatlich organisierte Massenmord an zu 'Fremden' erklärten Menschen, als bedrohliche Kulisse im Hintergrund.

Gemeinsam ist allen europäischen Ländern, einschließlich der früheren Abwanderungsräume in der euro-mediterranen Zone, dass sie sich seit den achtziger Jahren in Einwanderungsländer verwandelten. Europa ist heute ein Einwanderungskontinent ohne Ausnahmen. Selbst die Türkei hat heute fallende Geburtenraten und befindet sich im Wandel vom Aus- zum Einwanderungsland. Noch fehlt es allerdings an einem europaweiten supranationalen Steuerungssystem. Die Europäische Kommission hat dafür im November 2000 gute Vorschläge gemacht. Der für die europäische Migrationspolitik zuständige Kommissar in Brüssel hat angekündigt, dass es 2001 zumindest Eckwerte eines europäischen Einwanderungskonzepts geben werde und dass man den Prozess der sogenannten Harmonisierung des Asylrechts vorantreiben werde, daß es also in relativ kurzer Zeit zu einem europäischen Regelungssystem für Zuwanderung aus Drittstaaten kommen werde. Alles wird sich daran entscheiden, ob es tatsächlich ein System europäischer Migrationspolitik wird, das diesen Namen verdient oder nur ein supranationales Abwehrsystem.

***Wenn Europa längst zu einem Einwanderungskontinent geworden ist, wie Sie konstatieren, dann kann es doch keinen Zweifel mehr daran geben, dass mithin auch Deutschland ein Einwanderungsland ist?***

Deutschland steht nach meiner Einschätzung heute an der Schwelle von einem informellen zu einem formellen modernen Einwanderungsland. 1990/91 betrieb der damalige Innenminister Wolfgang Schäuble die längst überfällige die Reform des Ausländerrechts. Zentraler Punkt der Reform war die Erleichterung der Einbürgerung. Das war der erste Schritt zum informellen Einwanderungsland. Der zweite Schritt kam 1999/2000 mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Diese Reform bedeutete den Bruch mit der ethno-nationalen Tradition, von der noch immer eine atavistische Information in den Köpfen vieler Menschen steckt, die sich in der Formel zusammenfassen lässt: Deutscher kann man nur sein, aber



nicht werden. Nach dem neuen Recht gibt es unter bestimmten Bedingungen auch den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt im Land.

Der Schritt zum formellen Einwanderungsland wäre geschafft, wenn neben Green-card und Blue-card integrale Konzepte, umfassende und transparente Einwanderungsgesetzgebung mit ganzheitlichen Perspektiven sowie eine flexible Einwanderungspolitik treten würden. Blue-cards und Green-cards sind nur eine Verlängerung der Gastarbeiterpolitik auf Expertenebene. Dazu hätte die alte Anwerbestopp-Ausnahmeverordnung auch gereicht.

***Verwirrung herrscht aber auch darüber, wie eine solche Einwanderungspolitik aussehen sollte. Schon die Bevölkerungsprognosen sind mehr als widersprüchlich...***

Wissenschaftlich vertretbare Bevölkerungsprognosen gibt es nicht, sondern nur Modellrechnungen, also Wenn-dann-Aussagen. Es zeugt von gewaltigem Irrtum, wenn wir in der öffentlichen Diskussion über schlichte Bevölkerungszahlen reden und dann die Frage aufwerfen: Wie viel Menschen brauchen wir denn pro Jahr? Es geht nicht darum, wie viele Menschen wir brauchen, sondern welche. Wir haben doch momentan, vereinfacht gesprochen, einen Export von Spitzenkräften und einen Import von Traktoristen und Melkern. Das geht volkswirtschaftlich auf die Dauer nicht gut.

Wenn wir Migrationspolitik betreiben wollen, sollten wir zuerst über Ziele und erst dann über Zahlen reden. Wir müssen darüber nachdenken, wie das Profil der Zuwanderung aussehen, welche Erwerbsstruktur sie haben soll und was wir für die nächsten Jahrzehnte – und nicht nur für die jeweils nächste Legislaturperiode – durch eine gesteuerte Zuwanderung bewirken wollen. Dabei sind übrigens die Handlungsspielräume ohnehin eher begrenzt durch geschützte Zuwanderungen wie den Familiennachzug, Aussiedler- und Asylzuwanderungen. Offenbar sind wir in Deutschland noch nicht recht in der Lage, die Probleme von Migration und Integration in der notwendigen Komplexität sachlich zu diskutieren. Wenn ich recht informiert bin, war man auch in der Zuwanderungskommission der Bundesregierung überrascht, wie komplex die Dinge sind. Beschrieben haben wir

das schon seit rund zwei Jahrzehnten, aber lange war die politische Resonanz gleich Null.

Außerdem vergessen wir, dass wir doch schon mehr als sieben Millionen Einwanderer der ersten, zweiten und schon dritten Generation im Land haben, denen gegenüber wir vielfach rückwirkend noch eine Bringschuld haben. Die meisten Pionierwanderer haben wir damals mit unseren im Ausland tätigen Anwerbekommissionen für Beschäftigungsbereiche auf den untersten Ebenen des Arbeitsmarktes angeworben. Später wurden viele dieser Beschäftigungsbereiche wegrationalisiert und die Menschen verloren ihre Arbeit, während der Wandel von 'Gastarbeitern' zu Einwandererfamilien schon weit fortgeschritten, jedenfalls nicht mehr umzukehren war.

Statt forcierter Integrationspolitik mit entsprechenden Qualifikationsoffensiven wurde dann lange symbolische 'Rückkehrförderungs politik' betrieben. Auch viele Chancen, den Einwandererfamilien zu helfen, wenigstens in der nächsten Generation eine höhere soziale Ebene zu erreichen, wurden verpasst. Das zeigen heute noch die Schulabschlusszahlen. Dass die Einwanderer dennoch ein fester Bestandteil dieser Gesellschaft geworden sind, ist weniger deutschen Integrationshilfen als ihrer eigenen Integrationsbereitschaft zu verdanken.

***Heißt das, dass der Integrationsprozess allen Unkenrufen zum Trotz bisher erfolgreich verlaufen ist?***

In der Bundesrepublik begann die Geschichte der amtlich organisierten Zuwanderung 1955 mit dem deutsch-italienischen Anwerberabkommen. Sie endete 1973 mit dem Anwerberstopp. Er wirkte langfristig als Bumerang; denn Einwanderer, die die Bundesrepublik verließen, hatten fortan keine Möglichkeit mehr, zurückzukommen. Viele holten deshalb ihre Familien nach. Auf diese Weise haben wir eine Art informellen Einwandererstatus geschaffen, der über die Zeitstufen des Aufenthaltsrechts hinweg immer sicherer wurde, bis er am Ende in ein Aufenthaltsrecht mündete. Dieser Prozess, der ganz pragmatisch ablief, führte dazu, dass wir schließlich eine große Zahl regulärer Einwanderer im Land hatten. Dann erst wurde man sich der echten Einwanderungssituation bewusst und

begann sie zu dramatisieren und zu skandalisieren unter dem bekannten Motto 'Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland'.

Wissenschaftler erklärten, aufgrund dieser auch amtlich gültigen defensiven Erkenntnisverweigerung könne keine sachgerechte Politik betrieben worden sein, selbst wenn die Ergebnisse passabel seien. Politiker und Behördenchefs wiederum beklagten, dass alles, was sie machten, mit dem Hinweis denunziert werde, es fehle das legislative bzw. administrative Bekenntnis zum Einwanderungsland. Und Einwanderer selbst beschrieben ihre Lage nicht selten als unbefriedigend, obwohl sie bei hinreichend langem Inlandsaufenthalt im großen und ganzen über die gleichen wirtschaftlichen und sozialen Rechte verfügten wie deutsche Staatsbürger, abgesehen vom Wahlrecht auf Bundes- und Landesebene. In Wirklichkeit ist die Integration trotz Schlachtenlärm und Wehgeschrei relativ erfolgreich verlaufen und braucht in Europa keinen Vergleich zu scheuen. Aber wir besitzen keinen mentalen Bezug dazu.

### ***Was brauchen wir, um diesen mentalen Bezug herzustellen?***

Wir brauchen ein normalisiertes und möglichst positives Verhältnis zu den Zukunftsthemen Migration und Integration. Wir brauchen politische Gestaltungsbereitschaft und die stete, positive Signale setzende Demonstration der Gestaltbarkeit dieses gesellschaftspolitisch eminent belangvollen, aber auch brisanten Handlungs- und Erfahrungsbereichs. Nötig dafür sind neben Gesetzen auch entsprechende Institutionen. Es fragt sich, ob das im Grunde aus Ersatzhandlungen gewachsene Beauftragtenwesen, das wir in der Bundesrepublik mit den getrennt schaltenden und waltenden Ämtern der Ausländerbeauftragten, des Aussiedlerbeauftragten und des Amtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge haben, auf Dauer zukunftsfähig sein kann.

Ich meine, daß wir eine umfassende und übergeordnete Institution für diese Aufgaben brauchen, unterhalb derer es ja problemlos weiterhin entsprechende institutionelle Zuständigkeiten geben kann und muß. Das ist auch nötig für den doppelten Brückenschlag zu einer supranationalen Einwanderungsinstitution auf europäischer Ebene und zu entsprechenden Institutionen auf der Ebene der

Mitgliedsstaaten. Es ist doch wirklich seltsam, daß gerade die ansonsten so organisationswütigen Deutschen diesen eminent wichtigen politischen Gestaltungsbereich so vor sich hin wuchern lassen. In der Weimarer Republik gab es bereits ein übergreifendes 'Reichswanderungsamt'. Das war zwar eine Fehlkonstruktion, die schlecht funktionierte, aber man kann aus Fehlern ja lernen.

Ich denke vor allem an ein Bundesamt für Migration und Integration mit angeschlossenem Forschungsinstitut, etwa nach dem Vorbild des Bundesinstituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, das der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg zugeordnet ist. Das wäre eine der Bedeutung des Problems in unserem Einwanderungsland entsprechende Institution. Dort würden Migrations- und Integrationsprozesse fortlaufend beobachtet und auch entsprechende Konzeptionsvorschläge fortgeschrieben. Die Institution könnte wesentlich entlastet werden durch Kooperation und Vernetzung mit schon bestehenden Forschungs- und Beobachtungsinstitutionen. An den Universitäten und Fachhochschulen bräuchten wir dringend Studiengänge, die sich mit internationaler Migration und interkulturellen bzw. Interethnischen Probleme befassen und entsprechendes Personal ausbilden, das heute häufig immer noch innerhalb von Behörden und Mittlerorganisationen über hausinterne entsprechende Kurse hochtrainiert wird.

***Welche praktischen Auswirkungen wird die fortschreitende Globalisierung auf die Migrationsbewegungen haben?***

Im weltweiten Wanderungsgeschehen gibt es bei den Arbeitswanderungen, also jenseits von Fluchtbewegungen, Familiennachzug und ethnisch privilegierten Migrationen, zwei große Ebenen: Ganz oben bewegen sich geschäftliche, technische, wissenschaftliche und im weitesten Sinne kulturelle Eliten, deren Zuwanderung sicherheitspolitisch nicht belangvoll erscheint und in der Regel durchaus erwünscht ist. Ganz unten bewegen sich die 'neuen Heloten', um Arbeitsplätze einzunehmen, die Einheimische oder früher Zugewanderte nicht mehr akzeptieren.

Was nun Europa anbelangt, so wird es von dem weltweiten

Wanderungsgeschehen bislang nur zu etwa fünf Prozent tangiert. Wir können davon ausgehen, dass infolge der Osterweiterung zunächst zwar stärkere Wanderungen nach Zentraleuropa kommen, sich aber mit dem zu erwartenden wirtschaftlichen Wachstum in den Ausgangsräumen in Pendel- und Zeitwanderungen verlieren werden. Für die weitere Zukunft sehe ich allerdings etwas anderes voraus, nämlich einen weltweiten Wettlauf um Zuwanderer. Bedenken Sie, dass nicht nur in der Europäischen Union, sondern, von Ausnahmen abgesehen, auch in ihrem östlichen Erweiterungsraum und weit darüber hinaus die Geburtenraten sinken. Man wird langfristig dann irgendwo zwischen Afrika und Indien suchen müssen. Die Angst der Zukunft könnte in Europa mehr eher eine Angst um Menschen als vor Menschen sein – obgleich man immer wieder betonen muß, daß Zuwanderung kein Allheilmittel ist und man die mit Bevölkerungsrückgang und Ausalterung verbundenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme durch Zuwanderung allein nur auf Zeit abfedern, aber nicht lösen kann.

***Sie gehen also davon aus, dass Europa in Zukunft gezwungen sein wird, Zuwanderer eher anzuwerben als abzuwehren?***

In den achtziger Jahren wuchs die Einsicht, dass zur 'Sozialverträglichkeit' der nötigen Migration von außen die Integration im Inneren gehört, die wiederum nur dann möglich ist, wenn die Zuwanderung von außen kontrollierbar und steuerbar bleibt. Dieser Grundgedanke wurde in der Folge, bevor er sich noch zu integralen Konzepten verdichten konnte, gekippt in Gestalt eines einseitigen Umschwenkens in Richtung auf Kontrolle und Restriktion. Während wir in Sachen Migration noch diese abwehrorientierte Sicherheitspolitik betreiben, spricht sich die von Wissenschaftlern seit langem angebotene Information herum, dass die Bevölkerungszahlen beschleunigt zu sinken beginnen. Noch wird diese 'Entdeckung' politisch geschönt, um Hysterie und populistische Demagogie zu begrenzen. Deshalb gibt es in diesem Zusammenhang in der öffentlichen Debatte, aber auch in der politischen Planungsdiskussion noch immer mehr offene als geklärte Fragen.